

Staatsvertrag über Steinkohlenreserve verlängert

Der Landtag hat bei seiner letzten Plenarsitzung das Änderungs- und Ergänzungsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land Nordrhein-Westfalen zur Verlängerung der Nationalen Steinkohlenreserve (Drs. 9/3600) einstimmig an den Hauptausschuß überwiesen. Wirtschaftsminister Professor Dr. Reimut Jochimsen (SPD) erklärte bei der Einbringung des Staatsvertrages, nach dem geltenden Vertrag über die Steinkohlenbevorratung sei der Bergbau verpflichtet, die Steinkohlenreserve, bis zu zehn Millionen Tonnen, in den Jahren 1985 bis 1988 in jährlichen Teilmengen von 25 Prozent zurückzukaufen. Mit dem vorliegenden Abkommen solle der im Jahre 1976 zwischen Bund und Land abgeschlossene und 1981 geänderte Staatsvertrag um drei Jahre verlängert werden. Zum einen sei eine Krisenvorsorge erforderlich. Zum anderen bringe ein vorzeitiger Verkauf der Steinkohlenreserve haushaltsmäßig nur scheinbar Vorteile. Dem Verkaufserlös und der Kostenminderung stünden erhebliche finanzielle Risiken für die öffentliche Hand gegenüber, die sich aus einer Verschlechterung der Lage der deutschen Bergbauunternehmen ergäben. Im Landeshaushalt 1984 sei ein Ansatz von 44,5 Millionen für Zuschüsse zur Haldenfinanzierung ausgebracht. Für 1985 seien 44 Millionen Mark vorgesehen.

Keine Änderung von Nachzugsregelung

Nordrhein-Westfalen habe wie die übrigen Bundesländer mit Ausnahme Bremens die Empfehlungen der damaligen Bundesregierung vom Dezember 1981 zur sozialverantwortlichen Steuerung des Familiennachzugs einschließlich der Herabsetzung des Zuzugsalters von 18 auf 16 Jahren übernommen. Es hätten sich keine neuen Gesichtspunkte ergeben, die es erforderlich machten, die Nachzugsregelung zu ändern. Diese Auffassung hat Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) in seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage des SPD-Abgeordneten Jürgen Schaufuß vertreten. Der Abgeordnete hatte Bezug auf einen Erlaß des Landes Hessen genommen, durch den die Verschärfung des Ausländerrechts beim Familiennachzug aufgehoben worden war.

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, John van Nes Ziegler
Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: 884303, 884304 und 884545

Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Friedrich Schreiber MdL (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer; Dr. Ottmar Pohl MdL (CDU), stellv. Fraktionsvorsitzender; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent, und Friedhelm Görgens (CDU), Pressesprecher

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Druck: Rheindruck Düsseldorf GmbH

Porträt der Woche

Ihre sozialdemokratischen Parteifreunde vor Ort in Monheim nennen sie anerkennend „Mutter Courage“. Diesen Ehrentitel hat sich die heute 53jährige Ingeborg Friebe redlich verdient. Denn es ist vor allem ihr zu verdanken, wenn Monheim aus der allgemeinen Eingemeindungswelle weiter als freie Stadt hervorgegangen ist. Als Dank dafür wählten die Monheimer sie 1976 zu ihrer Bürgermeisterin.

Doch das ist keineswegs der Anfang der politischen Karriere der sympathischen Landtagsabgeordneten. Sie kommt aus einer „durch und durch politischen Familie“, wie man das nur selten findet. Bereits ihre Großmutter hatte als Betriebsrätin in einer Blechwarenfabrik für die politischen Rechte der Frauen gekämpft.

Ihr Vater, gelernter Maschinenheizer, bekam als Gewerkschafter und KPD-Mann schon frühzeitig die Knute der Nationalsozialisten zu spüren, bis er in ein KZ verschleppt wurde, wo er umkam. Die Familie hat nie wieder etwas von ihm gehört.

Ingeborg Friebe, die am 20. April 1931 im niedersächsischen Braunschweig geboren wurde, hat die Zeit des Nationalsozialismus zusammen mit ihren zwei Brüdern sehr wach erlebt. „Wenn meine Mutter zur Gestapo mußte, hat sie uns mitgenommen. Sie wurde dann etwas weniger geschlagen“, erinnerte sich Ingeborg Friebe. Solche Erfahrungen prägen.

Da sie als Tochter eines „Staatsfeindes“ keine höhere Schule besuchen durfte, hatte Ingeborg Friebe in der Nachkriegszeit großen Nachholbedarf an Ausbildung und Bildung. Am Tage verdiente sie für das Auskommen der Familie hinzu und abends – während andere junge Mädchen zum Tanzen gingen – büffelte sie in Kursen Englisch und Gesellschaftskunde.

Politische Freunde ihres Vaters, die in der Gewerkschaftsbewegung zu Hause waren, hatten sich nach dem Krieg der Familie angenommen. So kam Ingeborg Friebe 1947 zum DGB. „Da habe ich halt die Ochsentour gemacht“, weiß sie heute zu berichten. Zunächst arbeitete sie als Hilfskraft in der Kasse, dann als Telefonistin. „Mein Ziel war es, Rechtsschutzsekretärin zu werden“, bekennt die gestandene Politikerin heute.

Fast hätte sie das auch geschafft. An Fähigkeiten dazu hat es nicht gemangelt. Vielmehr lernte die junge Braunschweigerin 1951 ihren Mann kennen, den sie ein Jahr später heiratete. Als sich dann der erste von zwei Söhnen anmeldete, war die ehrgeizige Dame zwar schon in der Rechtsschutzabteilung, aber noch als Sekretärin. Die Mutterrolle war Ingeborg Friebe dann wichtiger als berufliches Fortkommen. So endete die berufliche Karriere an diesem Punkt.

Nicht so die politische. Ingeborg Friebe war vom Gründungstag an Mitglied bei den Falken. Über ihre Arbeit beim DGB kam sie schon 1950 in die SPD. „Ich habe sehr schnell eingesehen, daß man viele Gewerkschaftsforderungen nur über die Gesetzesschienen erreichen kann“, sagt sie. „Da war es nur folgerichtig, in die SPD einzutreten.“

Im heimatlichen Braunschweig war die Sozialdemokratin vor allem in der gewerkschaftlichen Frauenarbeit tätig. „Mein Ziel war es, möglichst viele Frauen für die



Ingeborg Friebe (SPD)

Betriebsratsarbeit zu qualifizieren.“ Immerhin hat sie selber es bei dieser Arbeit bis zur HBV-Landesfrauenvorsitzenden gebracht.

Als ihr Mann 1966 aus beruflichen Gründen nach NRW ging und die Familie sich in Monheim niederließ, „da reizte mich plötzlich die Kommunalpolitik“, meint Ingeborg Friebe. Sie gründete einen Arbeitskreis für Kommunalpolitik, und „wie das dann so ist, wenn man selber aktiv arbeitet, bald wird man gefragt, ob man denn nicht kandidieren möchte“, gibt die Genossin zu. So kam es, daß die Sozialdemokratin Friebe seit 1969 im Stadtrat von Monheim und auch im Rhein-Wupper-Kreistag saß. 1972 wurde sie zudem noch zur ersten weiblichen SPD-Unterbezirksvorsitzenden gewählt.

„1975 haben mich dann Freunde für die Landtagskandidatur vorgeschlagen“, berichtet Frau Friebe. Zunächst kam das für die engagierte SPD-Dame überraschend. „Doch dann habe ich mir gesagt, warum eigentlich nicht, und zugestimmt.“ Nachdem sie zwei männliche Gegenkandidaten überzeugend geschlagen hatte, zog sie über die Landesliste in das Düsseldorfer Parlament ein. Hier engagierte sie sich in den Ausschüssen für Arbeit, Gesundheit und Soziales, im Petitionsausschuß und im Justizausschuß.

Als dann die Eingemeindungsfrage auf der Tagesordnung stand, war Ingeborg Friebe „glücklich“, daß sie schon im Landtag war. „Da konnte ich doch etwas bewegen.“ Zurückblickend sagt sie heute: „Damals habe ich mit fast jedem einzelnen Abgeordneten gesprochen, um die Eigenständigkeit für Monheim durchzusetzen.“

Schon jetzt, acht Monate vor der Landtagswahl 1985 ist Ingeborg Friebe als SPD-Kandidatin für den Wahlkreis Mettmann unumstritten. Auch sie selber möchte die begonnene Arbeit fortsetzen. „In der ersten Legislaturperiode muß man zuhören und lernen. In der zweiten beherrscht man schon das Handwerkszeug und kann aktiv mittun.“ Das hat Ingeborg Friebe für die nächste Legislaturperiode vor allem auf dem Gebiet der Gemeindefinanzen vorgenommen.

Bei all ihren politischen Aufgaben und Verpflichtungen bleibt für die engagierte SPD-Dame für Hobbys keine Zeit. Entweder sie arbeitet oder sie muß repräsentieren. Wenn allerdings einmal Pause zwischen den vielen Verpflichtungen ist, „dann lasse ich alle fünf gerade sein“, gibt Ingeborg Friebe lachend zu. „Dann faulenze ich so richtig – am liebsten mit einem guten Buch und unter viel Sonnenschein!“

Gerlind Schaidt